

Liebe ehemalige Landesgesundheitsministerin Barbara Steffens,

Wenn wir in den letzten Jahren vor der Türe standen und um unsere Rechte gekämpft haben, im Namen unserer Mitglieder und mancher Betroffenen in den Psychiatrien und Forensiken des Landes NRW, dann sind Sie immer stehen geblieben und haben mit uns gesprochen.

Wir denken, sie haben unser Anliegen verstanden und konnten es nachvollziehen, doch konnten wir alle unsere Forderungen nun mal nicht durchsetzen, auch auf Grund von „Stammtischmeinungen“ in der Bevölkerung und aufgrund von kapitalistischen Interessen der psychiatrischen Lobby.

Doch Sie waren in der Staatlichen Besuchskommission präsent, wie noch kein/e Minister/in vor Ihnen. Dafür möchten wir Ihnen danken.

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand des LPE NRW

Wie die Rechte aller Patienten weiter ausgehöhlt werden

Erst vorletzten Donnerstag hat der Bundestag mit den Stimmen von CDU und SPD (Grüne Enthaltung, Die Linke Nein) eine erneute Ausweitung der Möglichkeiten zur Zwangsbehandlung geschaffen.

Eine psychisch kranke bettlägerige Frau hatte dem Abschneiden ihrer Brust trotz Tumordiagnose widersprochen. Die Rechtslage ließ das Abschneiden der Brust nicht zu. Das Bundesverfassungsgericht sah eine Regelungslücke.

Demnächst, nach der Verkündung im Bundesgesetzblatt, können alle Körper-krankheiten gegen den Willen des Patienten behandelt werden. Einzige kleine Hürde ist, dass der/die Patient/in vorher unter Betreuung gestellt wird. Aber die Einrichtung einer Eilbetreuung dauert nur 5 bis 15 Minuten. Der/die Richter/in kommt fast immer unangemeldet, da ein Anwalt des Patienten nur stören würde.

Federführend für dieses Gesetz war das SPD-geführte Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Wer das Ganze selber nachlesen möchte, siehe die Bundestagsdrucksachen 18/11240 und 18/11617.

Selbstverständlich haben wir mit den Abgeordneten (bei der SPD Berichterstatter Herr Dr. Matthias Bartke aus Hamburg) geredet und unsere Bedenken mitgeteilt. Freundlich war Herr Bartke, gebracht hat es gar nichts.

Worauf wir jetzt warten

Krebsbehandlung ist ja, auch wenn sie nichts bringt oder sogar schadet, für die Behandler/innen sehr lukrativ. Mit diesem tollen Gesetz werden bald die ersten Leute gegen ihren Willen operiert, chemotherapiert und bestrahlt.

Und wenn die ersten Fälle gut funktionieren, werden es immer mehr Menschen, die für psychisch krank erklärt werden und zu ihrem „Glück“ gezwungen werden. Dann interessiert es irgendwann auch die Medien, deren Desinteresse an dieser Gesetzgebung bemerkenswert war.

Und die Grünen?

Die hätten eigentlich mit Nein stimmen können. Wir waren bei MdB Maria Klein-Schmeink (Münster) und haben unsere Bedenken mitgeteilt.

Landesverband Psychiatrie-Erfahrener NRW, Wittener Straße 87, 44 789 Bochum,
0234 / 640 5102, vorstand@psychiatrie-erfahrene-nrw.de

V.i.S.d.P.: Matthias Seibt, c/o LPE NRW, Wittener Str. 87, 44 789 Bochum